

Felix Kolb/Bewegungsstiftung (Hrsg.)

Damit sich was bewegt



Wie soziale Bewegungen und Protest
Gesellschaft verändern

Felix Kolb/Bewegungsstiftung (Hrsg.)
Damit sich was bewegt

Felix Kolb/Bewegungsstiftung (Hrsg.)

Damit sich was bewegt

Wie soziale Bewegungen und Protest
Gesellschaft verändern

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.bewegungsstiftung.de

www.stiftung-bridge.de

Bildnachweise:

Umschlagfoto vorne: Freiraum Kommunikation, Köln; Umschlagfoto hinten: Ballons von 13.000 BürgerInnen gegen Gentechnik in Lebensmitteln werden am 2.11.2006 in Berlin gestartet, Foto: Felix Kolb; S. 10, 11: Freiraum Kommunikation, Köln; S. 17: Karsten Hennig; S. 29: Compact; S. 47: J. Petersen/Subkontur; S. 53: Heidi Klein; S. 61: Peter Ehrentraut; S. 65: FoeBuD; S. 68, 71: Urgewald; S. 75: Jugendliche ohne Grenzen; S. 84: privat; S. 91: privat; S. 95 l.: Felix Kolb; S. 95 r.: Sebastian Bolesch; S. 96 l.: Heidi Klein; S. 96 r.: Sebastian Bolesch; S. 99: Christoph Bautz; S. 111: Robin Wood; S. 117: BUKO

Das in diesem Buch verwendete Recyclingpapier (Cyclus print) entspricht den Bestimmungen des »Blauen Engels«.

© VSA-Verlag 2007, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte (auch der elektronischen Wiedergabe) vorbehalten.
Druck- und Buchbindearbeiten: Fuldaer Verlagsanstalt
ISBN 978-3-89965-252-9

Inhalt

Tim Weber

Vorwort 7

Dieter Rucht

Engagement in sozialen Bewegungen 13

Voraussetzungen, Formen, Wirkungen

»Misserfolge sind sichtbar, Erfolge nicht sofort« 45

Ansichten eines Bewegungsarbeiters –
aufgezeichnet von Klaus Betz

Klaus Betz

Die dem Rad in die Speichen greifen 51

LobbyControl – Initiative für Transparenz
und Demokratie 52

FoeBuD: Der Club der freundlichen Genies..... 60

Urgewald – Anwalt für Umwelt- und Menschenrechte 67

Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge
und MigrantInnen 73

Gisela Notz

Das Konzept BewegungsarbeiterIn 79

Leben und Arbeiten in sozialen Bewegungen

»Ich glaube fest daran, dass auch kleine Räder viel bewirken können«	97
Jeannette Goddar im Gespräch mit drei StifterInnen der Bewegungstiftung	
Jörg Rohwedder/Felix Kolb	
Progressive Philanthropie: Geben für gesellschaftlichen Wandel	109
Förderprojekte von Bewegungstiftung und Stiftung bridge, 2002-2007	121
Zu den AutorInnen	125

Jörg Rohwedder/Felix Kolb

Progressive Philanthropie: Geben für gesellschaftlichen Wandel¹

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Menschheit mit einer Reihe von globalen Herausforderungen konfrontiert: Den Klimawandel einzudämmen, Hunger und Armut zu überwinden sowie Freiheit und Demokratie gegen Angriffe religiöser Fundamentalisten und gegen einen ausufernden Sicherheitsstaat zu verteidigen. Diese Liste ließe sich ohne Schwierigkeiten verlängern.

Viele Stiftungen proklamieren selbstbewusst, dass sie dabei helfen wollen, diese Herausforderungen zu meistern. Eine Analyse, wie sie ihre Mittel verwenden, offenbart aber, dass sich die meisten Stiftungen den globalen Herausforderungen unserer Zeit gar nicht stellen. Betrachten wir den Klimawandel als Beispiel: Stiftungen in den USA geben jährlich nur 5% ihrer Fördersumme zur Bekämpfung aller ökologischen Bedrohungen aus (Conn 2007).² In Großbritannien sind es sogar weniger als 2% (Mercer 2007). Zieht man die Verteilung der genannten Satzungszwecke heran, so zeigt sich auch für Deutschland ein ähnliches Bild. Nur 3% aller Stiftungen verfolgen den Umweltschutz als Zweck – bei Stiftungen, die zwischen 1991 und 2005 errichtet wurden, ist der

¹ Wir danken Bruno Haas für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Version dieses Textes.

² Die prozentuale Verteilung der Fördersumme liegt für Deutschland leider nicht vor.

Anteil zwar höher, liegt aber auch nur bei bescheidenen 5%.³ Laut dem Deutschen Spendenmonitor geben private SpenderInnen in Deutschland im Schnitt der vergangenen Jahre rund 10% für den Umwelt- und Naturschutz. Stiftungen hinken hier also dem Trend hinterher.

Untersucht man im Einzelnen, wie Stiftungen mit ihren Zuschüsse versuchen, die ökologische Krise zu überwinden, so verfinstert sich der Eindruck noch. In den USA befinden sich unter den 50 größten Empfängern von Zuschüssen im Umweltbereich nur drei Umweltorganisationen, die einen strukturellen Wandel verfolgen. Die anderen fördern vor allem kleinteiligen Naturschutz, z.B. lokale Naturschutzgebiete. Man könnte sagen, solche Maßnahmen bekämpfen lediglich Symptome, anstatt sich den tieferen Ursachen zuzuwenden. Und bis vor kurzem war die Förderung von Kampagnen für eine wirksame Klimaschutzpolitik sogar völlig tabu. Stiftungen fürchteten Anfeindungen durch die Bush-Administration. Auch in Deutschland lässt sich beobachten, dass der Naturschutz sehr viel stärker gefördert wird, als eine kritische Umweltpolitik zu unterstützen. Es ist so, als würden auf der sinkenden Titanic die Möbel neu arrangiert, anstatt die Rettungsboote zu Wasser zu lassen.

Warum scheint der Stiftungssektor unfähig, auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angemessen zu reagieren? Charlie McConnell, Präsident des Carnegie UK Trust, erklärt die Behäbigkeit damit, dass 99% der Stiftungen, die vor 1960 gegründet wurden, gar nicht die Mission haben, die Gesellschaft grundsätzlich zu verändern. Sie wollen ausdrücklich nur die schlimmsten Missstände mildern. Und da sich Stiftungssatzungen nur sehr schwer ändern lassen, fungieren Stiftungen »fast immer als Instrumente zur Aufrecht-

³ Bundesverband Deutscher Stiftungen, 2007, auf www.stiftungen.org/statistik



Den Staat nicht aus der Verantwortung entlassen: Protest gegen die Bahnprivatisierung am Berliner Hauptbahnhof, 21. Juli 2006

erhaltung gesellschaftlicher Stabilität« (Münckler 2007). Eine überkommene Vorstellung angesichts der radikalen Veränderungen, die notwendig sind, um allein die ökologische Krise zu meistern.

Eine wachsende Zahl von (vor allem jungen) Stiftungen in Ländern wie Großbritannien, den Niederlanden, den Vereinigten Staaten und Deutschland bricht mit dieser Tradition und vollzieht einen Paradigmenwechsel: Statt Almosen zu geben und Symptome zu behandeln, wollen sie die Ursachen an der Wurzel packen. Dieser Trend wird im englischsprachigen Raum als »social change philanthropy« oder als »social justice philanthropy« bezeichnet und hat dort eine längere Tradition. Wir wollen diesen Ansatz im deutschsprachigen Raum

als »Geben für gesellschaftlichen Wandel« oder progressive Philanthropie bezeichnen (Bosch 2007).

Progressive Philanthropie unterscheidet sich in vierfacher Weise vom traditionellen Ansatz des wohltätigen Gebens. Sie hat erstens das Ziel, die Ursachen von Problemen durch die Förderung gesellschaftlichen und politischen Wandels zu beseitigen. Zweitens entlässt sie den Staat nicht aus seiner gesellschaftlichen Verantwortung und versucht auch nicht, seine Aufgaben zu übernehmen. Drittens ergreift progressive Philanthropie Partei für die Schwachen und setzt sich für gleiche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Prozessen ein. Viertens stellt progressive Philanthropie hohe ethische Maßstäbe an das eigene Handeln: Die Mittel sollen den Zielen entsprechen.

1. Wandel statt Almosen

Progressive Philanthropie verfolgt primär das Ziel, die Ursachen von Ungerechtigkeit zu beheben, statt allein die Symptome zu lindern. Sie lehnt das Spenden als Hilfe in der größten Not nicht ab. Den Opfern von Naturkatastrophen, Hunger und Krieg mit dem Hinweis auf die strukturellen Ursachen in ihrer Notlage nicht zu helfen, wäre zynisch. Aber progressive Philanthropie legt größten Wert darauf, über die erste Hilfe hinaus auch die Ursachen der Missstände zu bekämpfen.

Damit denkt sie die aus der Entwicklungszusammenarbeit bekannte Idee der Hilfe zur Selbsthilfe konsequent weiter. Im Hinblick auf die Empfehlung, den Hungernden das Fischen zu lehren, anstatt ihnen jeden Tag Fisch zu geben, weist Dieter Rucht pointiert auf die Grenzen des Prinzips Selbsthilfe hin: »Was aber, wenn den Fischern der Zugang zum See verwehrt wird, weil dieser in Privatbesitz ist? Oder wenn die Fi-

sche durch Chemikalien vergiftet sind? Oder die Fischer für einen Hungerlohn auf einem Boot arbeiten müssen, das ihnen nicht mehr gehört?» (Rucht 2006) Hilfe zur Selbsthilfe ist zum Scheitern verurteilt, wenn die ökonomischen, rechtlichen oder politischen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft auf Ungerechtigkeit gepolt sind.

Der Umgang mit dem Leid, das durch Landminen verursacht wurde, illustriert den Lernprozess, der vom traditionellen Geben hin zum Geben für Wandel führt. In den 1980er Jahren entwickelte sich die medizinische Versorgung der jährlich über 26.000 Minenopfer zu einem wichtigen Aufgabengebiet humanitärer Organisationen. Eine von diesen Organisationen war die Stiftung der amerikanischen Vietnam-Veteranen, die 1991 schließlich eine Klinik in Kambodscha eröffnet hatte. Die Erfahrungen vor Ort führten schnell zur Überzeugung, dass die Versorgung mit Prothesen eine Sisyphusarbeit bedeutet, wenn nicht zugleich die Wurzeln des Übels angegangen werden. Zusammen mit fünf weiteren Organisationen gründeten sie 1992 die Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen.

Innerhalb kurzer Zeit wuchs die Kampagne zu einer mächtigen internationalen Bewegung, die von über 1.200 Verbänden, Initiativen und Organisationen getragen wurde. Das Aktionsrepertoire reichte von diskretem Lobbying über Aufklärungsarbeit bis hin zu eindrucksvollen Protestaktionen. Bereits 1997 konnte die Kampagne mit der Verabschiedung des Ottawa-Vertrages ihren bislang größten Erfolg feiern, für den sie im selben Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Die Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich, Antipersonenminen weder zu produzieren noch sie zu lagern oder mit ihnen zu handeln. Sie sagten Anstrengungen zu Minenräumung und Opferhilfe zu. Allerdings hat eine Reihe von Staaten, darunter die USA, China und Russland, den Vertrag bisher nicht unterzeichnet.

2. Der Staat bleibt in der Pflicht

Im Ansatz, mit philanthropischen Mitteln vor allem gesellschaftlichen Wandel und nicht Almosen zu finanzieren, steckt auch die Einsicht, dass Philanthropie staatliche Umverteilung und die Finanzierung öffentlicher Güter wie Schulen, Krankenhäuser und Museen weder ersetzen kann, noch diese Aufgaben überhaupt übernehmen soll. Das philanthropische Handeln vieler Einzelner und von einigen zehntausend Stiftungen unterliegt in der Regel weder einer demokratischen Willensbildung noch einer institutionalisierten Kontrolle. Die Steuerung bleibt – abgesehen von Impulsen aus den gesetzlichen Regelungen zur Gemeinnützigkeit – dem Markt überlassen. Die zunehmend ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung gibt dabei den Reichen Privilegien gesellschaftlicher Einflussnahme, die sich kaum noch mit demokratischen Überlegungen in Einklang bringen lassen.

So tauchen auch in Deutschland die ersten Beispiele auf, bei denen wirtschaftlich erfolgreiche Einzelpersonen oder unternehmensverbundene Stiftungen entscheiden, welche öffentliche Hochschule sie zur Gründung eines Forschungsinstitutes oder eines Lehrstuhls veranlassen und diese mit hohen Spendenzusagen absichern. Das geförderte Projekt mag in vielen Fällen sogar das gesellschaftlich richtige und notwendige sein, nur welche Hochschule wird den Mut und die finanzielle Eigenständigkeit haben, die weniger nützlichen Förderansinnen auch mal abzulehnen oder – was viel wahrscheinlicher ist – welcher Universität wird es gelingen, für die als weniger wichtig wahrgenommenen Themen Gelder aufzutreiben? Auf der Seite der Nehmenden braucht es also Selbstverpflichtungen, wie z.B. nur maximal 10% des Budgets von einer SpenderIn entgegen zu nehmen, um einseitige Beeinflussung und Abhängigkeit zu vermeiden. Oder es

braucht Zwischenstellen wie Stiftungen, die einer demokratischen Willensbildung und Kontrolle unterliegen.

Aber selbst wenn es über ein reformiertes Stiftungs- und Spendenrecht gelänge, die demokratischen Defizite aufzufangen, wird Philanthropie doch nie ersetzen können, was der Staat an öffentlichen Gütern bereitstellt und an sozialen Ausgleich organisiert. Nach Angaben des Johns-Hopkins-Projekts betrug 1995 in Deutschland der Anteil, den Stiftungen und Spenden zur Finanzierung des dritten Sektors beitragen, nur 3,4%.⁴ Selbst in den USA beträgt dieser Anteil lediglich 10%, ist also weit davon entfernt, staatliche Umverteilung zu ersetzen. Zudem zeigen Untersuchungen, dass die Arbeit von Stiftungen staatlichen Programmen nicht grundsätzlich überlegen ist – auch wenn die Selbstwahrnehmung von Stiftungen oft etwas anderes verheißt. So bemängelt kürzlich der britische Economist die verbreitete Ineffizienz und die fehlende Transparenz vieler Stiftungen.

Fazit: Philanthropie ist kein wundertätiges Allheilmittel und jeder Argumentation, der Staat könne sich zurückziehen, weil bürgerschaftliches Engagement in Verbindung mit Philanthropie es schon richten werde, sollte widersprochen werden. Aus Sicht der progressiven Philanthropie lohnt sich Stiften und Spenden vor allem da, wo rasches, unkonventionelles und mutiges Handeln gefragt sind, um einen gesellschaftlichen Fortschritt anzustoßen und wo mit relativ kleinen Beträgen eine große Veränderung erzielt werden kann.

⁴ http://www.wegweiser-buergergesellschaft.de/praxishilfen/eigenmittel_erwirtschaften/anhang/forschung.php. Aktuellere Angaben bestätigen, dass sich dieser Anteil kaum verändert. So sind es nach und Anheier (1999: 24) nur noch 3%.

3. Progressive Philanthropie ist parteiisch

PhilanthropInnen – darüber besteht große Einigkeit – machen sich das Wohl aller zur Aufgabe. Deswegen Stiftungen als unpolitische Organisationen zu betrachten, wäre aber ein Irrtum, weil sich das Allgemeinwohl nicht objektiv bestimmen lässt, sondern abhängig von normativen Grundüberzeugungen gesellschaftlich ausgehandelt wird. Stiftungen sind immer zutiefst politisch, weil ihr Handeln auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtet ist. Natürlich können Stiftungen und SpenderInnen in parteipolitischen Auseinandersetzungen an der Seite stehen und sich der öffentlichen Positionierung enthalten.

Spätestens ihre Förderpolitik aber wird die eigene politische Position implizit offenbaren. Und dabei wird schnell deutlich, dass nicht alle Veränderungsprozesse, die durch Stiftungen unterstützt werden, auch einen Fortschritt hin zu mehr Demokratie, Ökologie, Frieden oder sozialer Gerechtigkeit begründen.

In den USA zum Beispiel haben neoliberale und ultrakonservative Stiftungen über viele Jahre hinweg konservative Think Tanks und christliche Fundamentalisten gefördert, die der Republikanischen Partei den Weg für ihre Politik auf Kosten von Frauen, ArbeitnehmerInnen und der Umwelt geebnet haben (Krehely et al. 2004).

Auch in Deutschland beteiligen sich Stiftungen daran, Erungenschaften des Sozialstaates zu beseitigen. Das durch die Bertelsmann-Stiftung finanzierte Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) hat einen maßgeblichen Anteil daran, dass Studiengebühren in Deutschland wieder möglich geworden sind (Barth und Schöller 2005). Die damals Hörgeld genannte Gebühr war erst vor etwa 40 Jahren abgeschafft worden, um die Universitäten auch für StudentInnen aus einkommensschwachen Schichten zu öffnen.



Mitglieder der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie protestieren gegen die Praktiken der großen Saatgut-Konzerne.

Progressiv wird Philanthropie dann, wenn sie nach gesellschaftlichem Fortschritt sucht, der eine möglichst gleiche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen ermöglicht. Progressive Philanthropie zeichnet sich dadurch aus, Partei für die vermeintlich Schwachen zu ergreifen und sich klar in einem »Dafür« oder »Dagegen« zu positionieren. Dabei sind die Positionen nicht parteipolitisch festgelegt. Im Gegenteil, Philanthropie hat die Freiheit, sich über die Grenzen von Parteien, Kirchen und Gewerkschaften hinweg, in sich wandelnden Bündnissen und sozialen Bewegungen zu organisieren. Progressive Philanthropie zielt auf Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Frieden.

4. Mittel und Ziele sollen sich entsprechen

Die gewählten Methoden der progressiven Philanthropie sind nicht beliebig. Sie sind gekennzeichnet durch den Grundsatz, dass sich Ziel und Mittel entsprechen müssen. Der gesellschaftliche Fortschritt soll mit gewaltfreien und demokratischen Mitteln erreicht werden. Die ProtagonistInnen für einen Wandel und die sie unterstützenden PhilanthropInnen sollen dabei transparent arbeiten und eine Beteiligung derjenigen ermöglichen, die betroffen sind.

Stiftungen sind, anders als Spenden sammelnde Vereine, an keinerlei rechtliche Vorgaben gebunden, sich demokratisch zu organisieren. Aus rechtlicher Sicht ist es den Stifterinnen und Stiftern also selbst überlassen, eine Struktur zu wählen, die allen an der Stiftung beteiligten Gruppen Mitsprachemöglichkeiten gibt. Die neuen Stiftungen der progressiven Philanthropie wählen verschiedene Wege, um Mitsprache und Kontrolle zu gewährleisten. Einige zeichnen sich dadurch aus, nicht allein die StifterInnen einzubeziehen, sondern auch die EmpfängerInnen von Fördergeldern und externe ExpertInnen. Dabei unterliegen sie zwei sich widersprechenden Anforderungen: Zum einen sollen sie allen StifterInnen garantieren, dass der Stiftungszweck dauerhaft verfolgt und nicht kurzfristigen Modetrends folgend geändert wird und zum anderen soll der Zweck nicht unflexibel und stoisch über Jahrhunderte mit den immer gleichen Methoden verfolgt werden müssen, ohne sich nicht an geänderte Lebenswelten anpassen zu können.

Aus der Entsprechung von Ziel und Mittel ergibt sich auch, dass progressive Philanthropen und ihre Organisationen ihr Vermögen so anlegen sollten, dass es die eigenen Zwecke befördert oder zumindest nicht konterkariert. Es gibt im Bereich der ethisch-nachhaltigen Geldanlage eine ganze Reihe von Produkten, die fortschrittlichen Zielen dienen und den

klassischen Anlagekriterien von Sicherheit, Liquidität und Rendite genügen.

Ausblick

In der Bewegungstiftung haben wir in den vergangenen Monaten nach Stiftungen in Deutschland gesucht, die mindestens drei dieser vier Kriterien entsprechen. Wir konnten rund 50 Stiftungen identifizieren, die zusammen ein Stiftungsvermögen von rund 110 Millionen Euro verwalten. Lediglich eine Hand voll erfüllt bisher alle vier Kriterien, aber gemeinsam ist ihnen allen, dass sie gesellschaftlichen Fortschritt durch strukturellen Wandel fördern wollen.

Sie setzen dafür verschiedene Strategien ein: Einige Stiftungen fördern politische Bildungsarbeit, andere unterstützen kritische Forschung und wieder andere die Proteste und Kampagnen sozialer Bewegungen. Ihre Förderansätze sind dabei so unterschiedlich, wie die Auswahl der geförderten Projekte. Einige konzentrieren sich darauf, Schlüsselpersonen in Organisationen mit Stipendien zu unterstützen, andere fördern Organisationen mit Geld und Beratung. Keine der Stiftungen begrenzt sich auf die operative Arbeit, bei der lediglich eigene Vorhaben umgesetzt werden.

Diese Stiftungen haben – wie die von ihnen geförderten Projekte – als wichtigstes Pfand ihre Glaubwürdigkeit einzusetzen. Zusammen mit dem Mut, unbequeme Positionen offen zu vertreten, haben sie gemessen an den begrenzten finanziellen Mitteln schon jetzt einen erstaunlich wirksamen Hebel zur Veränderung.

Literatur

- Barth, Thomas/Oliver Schöller (2005): Der Lockruf der Stifter. Bertelsmann und die Privatisierung der Bildungspolitik. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11, 1339-1348.
- Bosch, Ise (2007): Besser spenden! Ein Leitfaden für nachhaltiges Engagement, Verlag CH. Beck.
- Conn, Charles (2007): Robbing the Grandchildren, in: Stanford Social Innovation Review, Vol. 5, No. 3, S. 25-26.
- Krehely, Jeff/Meaghan House/Emily Kerman (2004): Axis of Ideology. Conservative Foundations and Public Policy. Report des National Committee for Responsible Philanthropy, Washington, DC.
- Mercer, Bernard (2007): Philanthropy's Environmental Crisis, in: Alliance, Vol. 12, No. 3, S. 28–29.
- Münkler, Herfried (2007): Anstifter, Unruhestifter. Wie Stiftungen Veränderung bewegen, in: Merkur 61 (3), S. 200-209.
- Rucht, Dieter (2006): Wandel statt Almosen, in: Bewegungsstiftung aktuell 1/2006, S. 3.
- Salamon, Lester M./Helmut K. Anheier (1999): Der Dritte Sektor, Gütersloh.